

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Reichardt Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer 25 241.
Für die Nachdruckgebühren: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Septbr. 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung bei Haus 1,50 Mark.
Postgebühren für Monat September 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Gelddruck berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 50 Pfg. für zweiwöchige 30 Pfg., für monatliche 20 Pfg., für dreimonatliche 150 Pfg., für vierteljährliche 500 Pfg., für halbjährliche 900 Pfg., für jährliche 1.600 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marianenstr. 38/40.
Druck u. Verlag von Neufuss & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Drucksachen für Handel und Gewerbe
Schnelle Lieferung = Beste Ausführung
Buchdruckerei Neufuss & Reichardt
Fernsprecher-Nr. 25241 - - Marienstraße Nr. 38/42

PETZOLD & AULHORN A.G.
See
SCHOKOLADEN-PRALINEN
SIND BELIEBT UND BEGEHRT.

Flügel und Pianos
August Förster
Waisenhausstraße 8 - Fernsprecher 14072

Der Kampf um die Deutschen Pattbedingungen

Scharfe französische Stellungnahme gegen die mündlichen Erklärungen zur Antwortnote.
Graf Kaniz über die Kreditkrise. - Abschluß der Völkerbundstagung. - Neues französisches Schuldenangebot.

Die Ueberreichung der deutschen Antwortnote.

Berlin, 27. Sept. Die deutsche Antwortnote ist gestern nachmittags in London, Paris und Brüssel überreicht worden. In Paris dem Generalsekretär im Außenministerium Verhelst durch den Botschafter v. Goch, in London dem Außenminister Chamberlain durch den Botschafter Schamer und in Brüssel dem Außenminister Vandervelde durch den Botschafter v. Keller. Ueber den Ort der Konferenz ist bei dieser Gelegenheit eine Entscheidung noch nicht getroffen worden, es scheint aber, daß man im Auslande an Locarno als Tagungsort sieht. Der Zeitpunkt des Konferenzbeginnes ist der 2. Oktober.

Die „Tägliche Rundschau“, das Organ Stresemanns, bemerkt hierzu:

In einem Teil der Presse ist gestern im Anschluß an Londoner und Pariser Telegramme die Frage lebhaft erörtert worden, ob und inwieweit die Ministerkonferenz bindend und verpflichtend sein könne. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Deutschland sich in bezug auf die Entscheidung freie Hand vorbehalten muß. Im übrigen wird man auch daran festhalten können, daß diese Entscheidung nicht schon jetzt fällt, sondern auf einer späteren Konferenz, an der die Abgeschlossenhandlungen stattfinden. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Delegation den besten Willen und die ehrliche Absicht hat, zu Vereinbarungen zu gelangen. Ebenso liegt es aber in der Natur der Dinge, daß die Delegation sich gegebenenfalls vorbehalten muß, in dieser oder jener Frage, in der es zu keiner Einigung kommt, ihre Entscheidungen nicht schon jetzt zu treffen, sondern für die Abschlußkonferenz vorbehalten.

Mündliche Erklärungen der deutschen Vertreter.

London, 27. Sept. Die Note, so heißt es, ist an sich kurz und besagt nur, daß Deutschland die Einladung zur Konferenz annimmt. Sehr viel wichtiger sind die mündlichen Mitteilungen, die Schamer bei Ueberreichung der Note gemacht hat. Aus nachfolgenden Gründen enthält sie nichts über die schwierigen Vorfragen, die die deutsche Regierung auf der Konferenz zur Sprache zu bringen hat. Der Botschafter hatte aber den Auftrag, mündlich sehr eingehend auf sie hinzuweisen. Er hat dies auch getan, hat sich in längerer Unterhaltung mit Chamberlain über die Frage der Räumung Belgiens, der Schiedsgerichte und die weiteren wesentlichen Punkte verbreitet, wobei er, wie das hier nicht sehr glänzend angedeutet wird, sehr weitgehende Vorbehalte an die Annahme der Einladung geknüpft hat.

Aufrechterhaltung der Kriegsschuldfrage!

Scharfe Ablehnung der deutschen Bedingungen durch den „Temp“.

Paris, 27. Sept. Der „Temp“ beschäftigt sich in seinem Leitartikel mit der gestern überreichten deutschen Antwort, die die Annahme der Einladung zu einer Konferenz der Außenminister bekannt gibt. Nach seiner Ansicht genügt es, aufmerksam die deutschen Blätter zu lesen, um die Art der mündlichen Mitteilungen zu verstehen, mit der die Reichsregierung ihre Antwort begleitet hat. Deutschland werde sich in der Locarno hinsichtlich des Sicherheitsproblems in der gleichen Lage befinden, in der es sich bei den Verhandlungen im vergangenen Jahre auf der Londoner Konferenz befunden hat. Es werde zu viele Vorteile in einer politischen Regelung finden, um sich nicht gründlich zu engagieren. Aber andererseits sei es sehr klar, daß das Kabinett Luther sich bemühen werde, Versicherungen zu erlangen, die den unmittelbaren Besorgnissen nicht nur der Nationalisten, sondern aller deutschen Parteien entsprechen. Wir wissen, daß alle Deutschen darin einig sind, vor der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes und vor seinem Eintritt in den Völkerbund einen Widerruf der Verantwortung Deutschlands für den Krieg und das Versprechen einer künftigen Räumung der belgischen Zone zu fordern. Es sei möglich, daß Berlin ganz

besonders auf diesen beiden Fragen bestehen werde, selbst wenn es keine Aussicht habe, die Versicherungen zu erlangen, die es glaube, fordern zu müssen.

Man verlange von Deutschland nicht ein neues Zugeständnis (1) seiner Verantwortung für den Krieg als Bedingung für seinen Eintritt in den Völkerbund, aber diese Verantwortung sei in Artikel 231 des Friedensvertrages festgelegt und keine Widerrufung könne die Wirkung dieses von Deutschland gemachten Schuldbekenntnisses verringern. Keine Macht sei in der Lage, diesen Artikel 231 aufzuheben, der auch vollkommen eine Rechtfertigung sei, von den für den Krieg verantwortlichen Nationen die Reparationen zu erlangen, die ihnen von den Alliierten auferlegt worden seien.

Was die Räumung der belgischen Zone anlangt, so sehe man nicht ein, welche Versicherungen Deutschland gegeben werden könnten, da es allein von ihm abhängt, daß die erste rheinische Besatzungszone von den Alliierten verlassen werde. Die Räumung der belgischen Zone und der Abschluß eines rheinischen Sicherheitspaktes seien zwei von einander unabhängige Probleme, und die Deutschen selbst hätten immer wieder betont, daß man die Lösung der einen Frage nicht von der Lösung der anderen abhängig machen könne. (1) (W.F.)

Der „Temp“ als Sprecher der Regierung?

Paris, 27. Sept. Botschafter v. Goch wird sich morgen mittags um Quai d'Orsay begeben, da der inzwischen eingetroffene Außenminister Briand ihm eine Reihe ergänzender Auskünfte über die geführte deutsche Antwort zu erteilen wünscht. Die Fragen, die Gegenstand der heutigen Besprechungen bilden, werden, wie von französischer Seite verlautet, hauptsächlich die französische Garantie der deutschen Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei sowie die Räumung der belgischen Zone angehen. Man sieht voraus, daß die deutsche Regierung die letztere Frage sowie die Kriegsschuldfrage auf der bevorstehenden Ministerbegegnung zur Sprache bringen wird. Die Stellungnahme der französischen Regierung zu den beiden Fragen dürfte im allgemeinen der vom „Temp“ wiedergegebenen Ansicht entsprechen. Jedenfalls ist diese Ansicht, die heute auch in Anwesenheit unterrichteter Persönlichkeiten geäußert wurde, unwidersprochen geblieben. Es scheint allerdings, daß Frank-

reich Zugeständnisse in der Räumung des belgischen Gebietes durch deutsches Entgegenkommen (1) bei dem Schiedsgerichtsverfahren mit den Oststaaten sich ablaufen lassen wolle. (L.U.)

Der Völkerbund Garant des Ostpaktes?

London, 27. Sept. In gewöhnlich auf unterrichteten Kreisen verlautet, Dr. Beneš habe erklärt, die Tschechoslowakei wäre vollständig damit einverstanden, wenn an Stelle Frankreichs der Völkerbund die Garantie des westlichen Ostpaktes übernehme. Diese Erklärung hat hier großes Aufsehen erregt, da man der Ansicht ist, in einem solchen Falle könnten die Polen auch nicht mehr darauf bestehen, daß Frankreich der Garant sein müsse.

Englischer Pakt schuf nach eigenem Ermessen.

„Flagrante Fälle“ im Juristenamt.

London, 27. Sept. Dem diplomatischen Korrespondenten der „Sunday Times“ zufolge ist der von den Juristen in London vorbereitete Entwurf ein kurzes Dokument. Seine Einteilung sei in weitem Maße von der Form der belgischen und luxemburgischen Neutralitätsverträge beeinflusst. Die wesentlichen Klauseln bezögen sich auf den Fall eines flagranten Angriffs. Die Fälle seien:

1. In großem Umfang erfolgende Verletzung der Grenzen einer der Signatarmächte durch die Streitkräfte des andern.
 2. Militärische Konzentrationen an der entmilitarisierten Rheinzone mit der offensiblen Absicht, anzugreifen.
- Anderer Klauseln bezögen sich auf den deutschen Eintritt in den Völkerbund und auf die Verletzung. In beiden erwähnten Fällen würden Großbritannien oder jede andere Signatarmacht sich das Recht vorbehalten, mit bewaffneter Macht einzugreifen, um die nichtschuldige Partei zu unterstützen, ohne zu warten, bis der Völkerbund eine der Parteien als den Angreifer bezeichne. Mit anderen Worten: Großbritannien würde selbst die Tatsache beurteilen, zum Beispiel ob der Angriff unprovokiert ist, und würde seine Handlungsweise entsprechend wählen, wobei in zweifelhaften Fällen die Entscheidung des Völkerbundes abgewartet werden würde. Aber auch nach einer tatsächlichen Intervention würde der Fall vom Völkerbund zu beurteilen sein. (W.F.)

Die Rechtsparteien zum Sicherheitspakt.

Mindestforderungen der heijischen Deutschnationalen.

Mannheim, 27. Sept. Heute mittags traten die Ausschüsse des Deutschnationalen Landesparteitages zusammen. Im Vortragsbericht wurde eine Entschließung gefaßt, die später vom Parteivertretertag gebilligt wurde und die den Entwurf eines Reichsschulgesetzes ablehnt. Der Parteivertretertag hat dann einstimmig zwei Entschließungen angenommen. In der ersten Entschließung wird die Reichstagsfraktion ersucht, nachstehende Forderungen sich zum Programm zu machen:

1. Vor allen Verhandlungen über einen Sicherheitspakt und vor Eintritt in den Völkerbund hat die amtliche Notifizierung des Widerrufs der Kriegsschuldfrage zu erfolgen, muß die Räumung der unwürdigen Besatzungsregimes im Rheinland und im Saargebiet sichergestellt sein.
2. Außerdem müssen Entwaffnungs- und Restitutions- und Investitionsbeschlüsse fixiert und über den Schutz der deutschen Minderheiten in fremden Ländern und die Rückgabe der Kolonien ausföhrliche Zusagen gegeben worden sein. Ein etwaiger Sicherheitspakt hat sich nur auf die Westgrenzen zu beziehen und darf niemals einen Verzicht auf deutsches Land enthalten.
3. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der sich auf den Artikel 10 bis 16 des Versailler Vertrags und der Schuldfrage aufbaut, ist von vornherein abzulehnen.
4. Der Abschluß endgültiger Verträge ist davon abhängig zu machen, daß über die frühere Räumung der zweiten und dritten Zone und die frühere Abkündigung im Saargebiet verbindende Abmachungen getroffen werden und daß über die Durchführung einer allgemeinen Abrüstung entsprechend dem Versailler Vertrag und der Völkerbundsidee verbindende Zusagen gegeben werden.
5. Diese Forderungen sind als Mindestforderungen zu bezeichnen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden darf, auf die Gefahr, sich in Zukunft nicht mehr an der Regierung zu beteiligen.

Die zweite Entschließung lautet: Der Landesparteitag wolle beschließen, daß in Anbetracht und in Wahrung des völkischen Charakters der Partei die Reichstagsfraktion dem von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Verlangen nach Ausweisung der seit dem

Die Stellung der deutschen Volkspartei.

1. Oktober 1914 eingewanderten Ostjuden in der Regierung volle Geltung verschafft. Diese Ausweisung ist im Interesse der Einschränkung des Zwischenhandels und damit zur Durchführung des Preisabbaus sowie zur Veränderung der Wohnungsverhältnisse dringend geboten. Ferner soll die Reichstagsfraktion im Hinblick auf die schmachvolle Behandlung der deutschen Opatanten mit allem Nachdruck für die alsbaldige Ergriffung rücksichtsloser entsprechender Gegenmaßnahmen gegen die auf deutschem Gebiet befindlichen polnischen Staatsangehörigen eintreten. (W.F.)

Die Stellung der deutschen Volkspartei.

Hdr. Curtius auf dem badischen Landesparteitag.

Baden-Baden, 27. Sept. Bei einer öffentlichen Kundgebung zur Einleitung des Landesparteitages der Deutschen Volkspartei im dichtgedrängten Kurhaus sprach an Stelle des in letzter Stunde verhinderten Reichsaussenminister Dr. Curtius über das Problem der deutschen Außenpolitik. Der Pakt solle, wie er ausführte, nicht Selbstzweck sein, sondern dazu dienen, die europäische Wirtschaft zu beruhigen und in Ordnung zu bringen. Auf der Londoner Juristenkonferenz habe man den wesentlichen Fortschritt erzielte, daß alle Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich aus dem Versailler Vertrag kläglich unter das Schiedsverfahren fallen sollen. Unter Ablehnung einer machtpolitischen Anliederung Elsh-Vorbringens könne man aber nicht verzichten, auf einen kulturellen Zusammenhang des Deutschtums in der ganzen Welt mit dem Mutterlande.

Die Räumung der belgischen Zone sei eine Selbstverständlichkeit.

Der Redner glaubt, daß ein fester Räumungstermin benotet sei für die zweite und dritte Zone forderte er im Eintritte mit allen Parteien, von den Sozialisten bis Deutschnationalen, Änderungen des Besatzungsregimes, dessen Notwendigkeit überaus mit dem Abschluß eines Sicherheitspaktes überhaupt entfallt. Eine französische Garantie für die Schiedsverträge sei abzulehnen. Deswegen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund werde die deutsche Regierung an dem Memorandum vom September v. J. festhalten. Es sei selbstverständlich, daß wir einen Pakt nicht bekommen. In dem Augenblick, da wir in Verhandlungen eingetreten seien, sei es auch möglich offen und klar noch einmal zu wiederholen, daß wir niemals die Kriegs-